



http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/390677/Nur-noch-schadstoffarm-in-die-Bremer-City.html

Ab Juli tritt letzte Stufe der Umweltzone in Kraft - 07.06.2011

Nur noch schadstoffarm in die Bremer City

Von Michael Brandt

Bremen. In dreieinhalb Wochen wird die Bremer Umweltzone auf Grün umgestellt: Am 1. Juli tritt die letzte Phase in Kraft. Dann können nur noch Autos mit einer grünen Plakette in die City und weite Teile der Neustadt fahren. So sollen die Lungen der Bürger vor Feinstaub und giftigen Stickoxiden geschützt werden. Der Umweltzone könnte indes eine kurze Lebensdauer beschieden sein: Die rot-grüne Koalition will - so der jetzige Verhandlungsstand - in der kommenden Legislaturperiode überprüfen, ob das Instrument tatsächlich sinnvoll ist.

Empfehlen

2

0

Die Umweltzone wird seit ihrer Einführung Anfang 2009 in Bremen von teilweise heftiger Kritik begleitet. Handelskammer, Handwerkskammer, ADAC, City Initiative und bürgerliche Parteien zählen zu den hauptsächlichen Wortführern der Debatte. Ihre Argumentation hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren nur wenig geändert: Die Zone sei ein bürokratisches Ungetüm, sie sei mit Härten für kleine Betriebe verbunden und unter dem Strich ineffektiv.



© Frank Thomas Koch

Reinhard Ebeling von der Dekra in Bremen klebt eine grüne Feinstaubplakette hinter die Windschutzscheibe eines Fahrzeugs. Der Aufkleber ist in wenigen Wochen Voraussetzung, wenn man in die Innenstadt fahren will.

Auch wenige Tage, bevor die Umweltzone endgültig scharf geschaltet wird, regt sich Unmut. Heiko Strohmann (CDU) ist sicher: "Die Abwrackprämie der Bundesregierung hat mehr für die Luftreinhaltung getan als die Umweltzone." Wegen der Abwrackprämie hatten viele Autofahrer ihre Altfahrzeuge verschrotten lassen und mit staatlicher Hilfe durch Neufahrzeuge ersetzt - mit positiven Auswirkungen auch auf den Schadstoff-Ausstoß.

Die CDU hatte erst im Mai gemeinsam mit der FDP in der Bürgerschaft gefordert, die Einführung der letzten Stufe auszusetzen, bis die Wirkung der Umweltzone nachgewiesen werden kann. Mit dem entsprechenden Dringlichkeitsantrag sind CDU und FDP allerdings an der Regierungsmehrheit gescheitert. Strohmanns unveränderte Position: "Das Problem ist, dass keine Zahlen vorliegen. Es ist nicht nachgewiesen, dass die Umweltzone einen Effekt hat."

Die CDU sieht in der Zone auch einen weiteren Baustein, der kleineren Handwerksbetrieben in Bremen das Leben schwer macht. Und Heiko Strohmann sagt Probleme für den Bustourismus voraus. Zum Beispiel lassen Reiseunternehmen die Tagesgäste gerne im Bereich Martinistraße und Wachtstraße aussteigen. Das Problem wird allerdings erst mit sechs Monaten Verzögerung aktuell: In den aktuellen Unterlagen der Behörde ist die Rede davon, dass Reisebusse bis Ende des Jahres weiterhin freigestellt sind.

Auch der ADAC lehnt Umweltzonen "als unverhältnismäßige Maßnahme" ab und fordert, die "Erreichbarkeit der Stadtgebiete durch individuelle Verkehrsmittel zu gewährleisten". Sprecher Nils Linge: "Die Mobilität der Menschen und der Zugang zu den Innenstädten müssen sichergestellt werden. Umweltzonen verfehlen ihren Zweck und verursachen zusätzliche Kosten für Autofahrer."

Der ADAC kritisiert zum Beispiel, dass mit Ausnahme der Mess-Stelle am Dobbenweg alle Mess-Standorte gewechselt worden seien. Dadurch seien die Ergebnisse nicht vergleichbar. Und am Messpunkt Dobbenweg sei seit der Einführung der Umweltzone 2009 keine Verbesserung der Luftqualität ablesbar.

Fazit des ADAC: Das Fahrverbot müsse einer laufenden Wirksamkeitskontrolle unterzogen werden. Linge: "Wenn sich herausstellen sollte, dass durch die Umweltzone keine wesentliche Verbesserung der Luftqualität erreicht werden kann, so ist die Verbotsregelung unhaltbar und umgehend zurückzunehmen." Selbst Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) hat vor geraumer Zeit in einem Interview mit dieser Zeitung klargemacht, dass er kein Freund des Instruments

Umweltzone ist. Er sagte damals: "Wir müssen in der kommenden Legislaturperiode die Umweltzone überprüfen. Wenn sie keine Effekte hat, kann man sie lassen." Vorgesehen ist die Wirksamkeitsuntersuchung nach dem bisherigen Fahrplan im Jahr 2013.

Anfang Juli werden nicht nur die Umweltzonen-Schilder auf den aktuellen Stand gebracht, womit alle Fahrzeuge draußen bleiben müssen, die keinen grünen Aufkleber hinter der Windschutzscheibe haben - es fallen auch Ausnahmen weg. Bisher war der Straßenzug Osterdeich, Tiefer, Martinstraße und Faulenstraße praktisch von der Umweltzone ausgenommen, wenn man mit dem Auto direkt eines der anliegenden Parkhäuser ansteuern wollte. Diese Möglichkeit gibt es ab 1. Juli nicht mehr.

Andere Ausnahmeregelungen bleiben bestehen: Wohnmobile können auch fortan unbehelligt den Stellplatz "Zum Kuhhirten" ansteuern, Oldtimer und Motorräder brauchen sich um die Umweltzonen-Schilder nicht zu kümmern. Und wer ein Hotelzimmer gebucht hat, dem genügt ein schriftlicher Buchungsnachweis für die Fahrt durch die Zone.

2005 waren EU-weit Feinstaub-Grenzwerte in Kraft getreten. Die Regel: Die geltenden Grenzwerte durften an maximal 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Schon im ersten Jahr gab es Probleme. An der Neuenlander Straße meldete die MessStelle bereits im Juni die 36. Überschreitung, im November folgte der Dobbenweg. Anders als in den beiden zurückliegenden Jahren könnte es 2011 erstmals wieder einen Problemfall in Sachen Feinstaubbelastung geben: Am Dobbenweg sind jetzt bereits die Grenzwerte an 26 Tagen überschritten worden. Eine Übersicht auf der Internetseite der Umweltbehörde zeigt die aktuellen Zahlen.

Ausstiegsszenarien hält man bei der Behörde denn auch für verfrüht. Tatsächlich könnte es für Bremen augenblicklich ohne Umweltzone teuer werden. Die Umweltbehörde geht davon aus, dass die EU eine Abschaffung der Umweltzone ohne Alternative und zum jetzigen Zeitpunkt als Vertragsverletzung mit bis zu 250000 Euro am Tag bestrafen würde. In den Papieren zu den jüngsten Debatten taucht lediglich an einer Stelle der Hinweis auf, dass die Modernisierung der Fahrzeugflotte in Bremen die Umweltzone irgendwann überflüssig machen könnte. Eine Überprüfung sei aber erst 2015/2016 sinnvoll.